

MINISTERRAT DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR ABRÜSTUNG UND VERTEIDIGUNG
DER MINISTER

Ministerpräsident
Herrn Lothar de Maizière

Büro des Ministerpräsidenten
Geschäftsstelle der Leitung
Klosterstraße 47
Berlin
1020¹⁰ 2. JULI 1990
1628 *7.*

Werter Herr Ministerpräsident!

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung des zweiten Staatsvertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland und der damit verbundenen Vereinbarung der konkreten Bedingungen für die politische Vereinigung der beiden deutschen Staaten wäre es aus meiner Sicht zweckmäßig, auch sicherheitspolitische Fragen zu berücksichtigen.

Ich denke hier besonders an solche grundsätzlichen Probleme wie

- den künftigen militärischen Status des heutigen Gebietes der DDR, das heißt die Nichtausweitung der militärischen Präsenz der NATO auf dieses Territorium
- die Bekräftigung des Verzichts beider deutscher Staaten auf die Produktion, den Besitz und den Erwerb von ABC-Waffen
- die Perspektive der Nationalen Volksarmee als Territorialstreitkraft und Teil gesamtdeutscher Streitkräfte sowie
- eine einheitliche Wehrgesetzgebung.

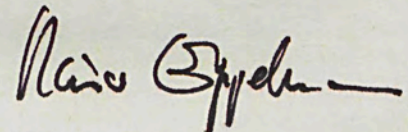
Erforderlich erscheint außerdem, in diesem Staatsvertrag Festlegungen zur Gewährleistung der sozialen und Rechtssicherheit der Berufssoldaten zu verankern.

Dies entspräche nach meiner Auffassung der Sorgepflicht des Staates gegenüber seinen Soldaten und wäre ein wesentlicher Beitrag, um der in der NVA erneut zunehmenden Verunsicherung wirksam zu begegnen.

Mir ist bekannt, daß seitens der BRD die Absicht besteht, einen Staatssekretär des Bundesministeriums der Verteidigung in die Vorbereitung des Staatsvertrages einzubeziehen.

Ich wäre Ihnen daher sehr verbunden, wenn Sie aus den dargelegten Gründen der Mitarbeit eines gleichrangigen Vertreters des Ministeriums für Abrüstung und Verteidigung auf unserer Seite Ihre Zustimmung geben könnten.

Hochachtungsvoll



Rainer Eppelmann

Strausberg, den 29. 6. 1990
Tgb.-Nr.: IA-2489 /90